

Erinnerungen für die Zukunft

Mit dem Spaten bei der Nationalen Volksarmee

Wenige Monate nach dem Mauerbau, im Januar 1962, wird in der DDR die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Besonders die evangelischen Kirchen reagieren mit Kritik. Sie fordern die Möglichkeit auf Kriegsdienstverweigerung aus Glaubens- und Gewissensgründen. Die DDR-Führung gibt dem Druck nach und setzt am 16. September 1964 als einziges Land im Warschauer Pakt die Anordnung über den Dienst ohne Waffe in Kraft. Die sogenannten Bausoldaten sind aber Angehörige der Nationalen Volksarmee. Auf den Schulterklappen ihrer Uniformen ist ein Spaten abgebildet.

Dienst ohne Waffe



Dass junge Männer in der DDR den Dienst mit der Waffe verweigern können, wird von den staatlichen Behörden unter der Decke gehalten. Es könnten zu viele werden und würde nach innen wie nach außen einen schlechten Eindruck machen. So wissen oft nicht einmal Offiziere der Nationalen Volksarmee von der Existenz der Bausoldaten.

Eine verschwiegene Existenz

Zum Beispiel Ulrich Ketzler, der 1966 von der Offiziersschule kommt, erzählt: "Bei meiner Kommandierung nach Stralsund habe ich das erste Mal von den Bausoldaten gehört. Dort wurde mir mitgeteilt, dass ich als Zugführer einer Bausoldateneinheit eingesetzt werde. Mir war aber nicht bekannt, was Bausoldaten sind und welche Aufgaben sie haben. Mir wurde nur gesagt, dass sie ohne Waffe dienen. Ich habe mich dagegen gewehrt, weil ich ja mit meiner Einstellung anders herangegangen bin. Ich bin als Pionieroffizier ausgebildet worden und wollte in einer Panzereinheit

oder anderswo dienen. Das war meine Vorstellung als junger Mensch." Acht Jahre lang wird Ulrich Ketzler Bausoldaten befehligen.

Der Verbindungsmann

Nur kurzen Kontakt hingegen hat Werner Pieniak. Der Major wird im November 1989 in Prenzlau der Verbindungsmann zwischen der NVA und drei großen Betrieben. Mehrere Hundert Bausoldaten werden hier zusammengezogen, um die Volkswirtschaft zu retten.

"Die Einheiten wurden neu aufgestellt. Man kannte das zwar von früher, dass die normalen Soldaten in den Tagebauten arbeiten mussten, aber dass nun überall in den volkseigenen Betrieben die Bausoldaten eingesetzt wurden, war neu. Also es passierte schon wegen der Wirtschaftslage", erklärt Herr Pieniak.

Offiziere auf der Schulbank

Anders als in den Sechzigerjahren werden Vorgesetzte der Bausoldaten jetzt vor ihrem Einsatz instruiert. Werner Pieniak und weitere 100 Offiziere müssen eine Woche in einem Militärobjekt bei Berlin die Schulbank drücken.

Soldaten zweiter Klasse

Werner Pieniak: "Es kam mir damals so vor, als wären das Soldaten zweiter Klasse, weil sie so behandelt wurden, als wären sie Gefangene. Es wurde zum Beispiel gesagt, wenn man sich mit einem Soldaten dienstlich auseinandersetzt, sollte man immer einen Zeugen dabei haben. Man sollte nicht mit mehreren Bausoldaten zur gleichen Zeit irgendwelche Unterredungen haben. Der Bausoldat ist ja nicht Soldat geworden mit wehenden Fahnen wie manche andere. Der Bausoldat ist ja mit negativen Voraussetzungen zur Armee gegangen; wenn ich muss, wenn der Staat mich zwingt, dann werde ich dem Staat so viele Steine wie möglich in den Weg legen, um ihm zu schaden."

Gelenkte Erwartungen

Distanz und Misstrauen - das soll die Basis für das Verhältnis der Vorgesetzten zu den Bausoldaten sein. So wird den Offizieren unter anderem Folgendes erzählt:

"Einmal wurde gesagt, dass die religiösen Bausoldaten vorher eine Einweisung bekommen hatten, in das Leben, das sie erwarten wird bei der NVA, wie die Vorgesetzten sind. Sie hatten drei Karteikarten angelegt, auf denen jeder Vorgesetzter mit seinen positiven und negativen Eigenschaften vermerkt war. Damit sie gleich wussten, der hat eben diese positiven Eigenschaften,

und diese negativen, der ist ein ganz Strenger oder bei dem kann man sich etwas erlauben. Sodass man als Frischling genau wusste, was einen erwarten wird."

Distanz und Misstrauen

Die Geschichte von den Karteikarten gehört in das Konzept, von Beginn an Misstrauen zu sähen. Was aber stimmt, ist, dass entlassene Bausoldaten und die, die vorhatten, den Dienst mit der Waffe zu verweigern, sich regelmäßig trafen.

Austausch zwischen Gleichgesinnten

Heiner Möhring, heute Präses der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, leistet seinen Wehrdienst als Bausoldat in den Sechzigerjahren in Prora auf Rügen. Er erinnert sich: "Ich habe in den ersten Apriltagen, gleich, nachdem ich hier war, versucht, zu einer solchen Veranstaltung zu gehen, an der ich vor meinem Einzug selber teilgenommen hatte. Ich bin zum Oberkirchenrat gegangen, um dort zu erfragen, wo diese Veranstaltung hier stattfindet. Dort fiel man aus allen Wolken, in Prora gab es so etwas nicht. Ich habe dann mit einigen anderen versucht, solche Begegnungen zu organisieren und habe das dann bis zur Wende gemacht."

Es geht darum, sich auszutauschen. Und zwar weniger über die Vorgesetzten, sondern vielmehr darüber, welche Möglichkeiten und Rechte ein Bausoldat hat. Denn offiziell werden keine Informationen herausgerückt.

Friedensdienst-Treffen

Ingo Barz zum Beispiel organisiert ab 1978 zweimal im Jahr Seminare für zukünftige Kriegsdienstverweigerer. Er ist kirchlicher Mitarbeiter im Kirchenkreis Rostock-Land: "Es waren immer Wochenenden im März und im September, also vor der Einberufungszeit. Ich habe dort junge Leute eingeladen, die Wehrpflichtigen und ihre Freundinnen und auch immer welche, die bei der Armee gewesen waren, oder bei den Bausoldaten. Es waren Wochenenden, an denen die Leute die Möglichkeit haben sollten zu entscheiden, was sie möchten. Möchten sie Bausoldaten werden, oder möchten sie zur Armee. Ich wollte den Leuten den Drill an der Waffe ersparen; ich habe immer gesagt, es gibt die Möglichkeit, zu sagen, ich möchte nicht lernen, andere Leute zu töten. Das waren die Motive, die ich hatte."

Mit dem Spaten bei der Nationalen Volksarmee

Laut Anordnung über die Aufstellung von Baueinheiten können Wehrpflichtige aus religiösen oder ähnlichen Gründen zum waffenlosen Dienst zugelassen werden. Voraussetzung ist allerdings eine gut durchdachte Begründung.

Der harte, waffenlose Dienst

Von Jahr zu Jahr werden es mehr. Sind es 1984 noch 1.000 Verweigerer, hat sich die Zahl vier Jahre später verdoppelt. Vorgesetzte wie Werner Pieniak werden angehalten, bei den Bausoldaten besonders hart durchzugreifen.



Wie der Dienst ohne Waffe in der Praxis aussieht, erlebt Rolf-Ingo Ohlemann bei seinem Bausoldatendienst in Prora auf der Insel Rügen. Er ist dort vom Herbst 1982 bis zum Frühjahr 1984 stationiert. Die 300 Mann starke Truppe soll eigentlich bei der Erweiterung des Mukraner Hafens helfen.

"Zum Essen in Marschformation mit Gesang, die komplette Grundausbildung bis auf das Schießen, ganz bewusst im Laufschrift die Treppen runter und hoch, am Strand lang marschieren mit Schutzmaske, und alles, was zum Militär dazugehörte. Man hat alles versucht, bis auf das Schießen, um es militärisch zu gestalten. Das wurde durchgesetzt", erzählt Rolf-Ingo Ohlemann.

Sonntagsarbeit

Auch die Sonntagsarbeit für Bausoldaten soll durchgesetzt werden. Ihr Einsatz in der Küche ist eigentlich schon Normalität. Aber als sie in Prora sonntags einen Parkplatz bauen sollen, geht Rolf-Ingo Ohlemann die Schikane zu weit: "Diese Betonplatten, die gelegt waren, mussten mit Schotter aufgefüllt werden und die Pioniereinheiten mit ihren Radladern hätten es problemlos breit schieben können, hatten aber den Befehl, es nicht zu tun, sondern alles auf dem Haufen liegen zu lassen, sodass wir Bausoldaten mit der Schubkarre die Betonplatten mit dem Schotter auffüllen mussten."

Rolf-Ingo Ohlemann und sechs weitere Bausoldaten lehnen das ab. Sie bekommen zehn Tage Bau in dem NVA-Standort Dranske auf Rügen.

Drill und Schikane

Auf der Insel ist auch Heiner Möhring als Bausoldat stationiert. Allerdings schon in den Sechzigerjahren. Der Drill und die Schikane sind aber dieselben, weiß er zu berichten: "Wir wurden aufgefordert, unser Zimmer sauber zu machen. Da waren solche gebohnerten Holzfußböden, und wir sollten dort den alten Bohnerwachs abkratzen, ohne Hilfsmittel zu bekommen. Uns wurde gesagt, wir könnten ja die Zahnbürste dazu nehmen. Wie ernst es gemeint war, ist später schwer zu sagen, aber so etwas anzubieten, war schon schlimm und hat uns psychisch erheblich belastet. Das ging etwa ein, zwei Monate, bis wir dann ungefähr das Terrain gegenüber den Vorgesetzten

abgesteckt hatten und uns darüber im Klaren waren. Bis dahin waren wir bereit was mitzumachen, aber hier waren unsere Grenzen."

Die Einberufung

Hat ein Wehrpflichtiger erklärt, dass er den Dienst mit der Waffe verweigern will, wird er in den meisten Fällen zum letztmöglichen Termin eingezogen. Rolf-Ingo Ohlemann wird drei Monate nach der Einberufung 27 Jahre alt. Er ist damals schon verheiratet, hat zwei Kinder und muss Folgendes erleben: "In unserer Truppe war ein großer Teil sehr gut ausgebildeter, auch vom Alter her gereifte Leute, die über einen großen Teil an Lebenserfahrung verfügten, während die Vorgesetzten häufig gerade von der Schule kamen und deshalb große Probleme hatten. Der Polit-Unterricht wurde irgendwann weggelassen, weil die Vorgesetzten vorne standen und nichts mehr zu sagen hatten, sondern rausgehen mussten."

Unterschiedliche Lebenserfahrungen

Auf eine Konfrontation mit den Bausoldaten lässt es Unterleutnant Ulrich Ketzler erst gar nicht ankommen. Er befehligt Bausoldaten acht Jahre lang und schildert seine Erfahrungen: "Wir waren vier Wochen lang auf einer Baustelle, dann wurden wir reinkommandiert, zum Polit-Unterricht. Das Thema war vorgegeben und ich habe es dann abgearbeitet, so wie es dort drin stand. Ich wusste, ob ich es denen erzähle oder nicht erzähle, die glauben es mir sowieso nicht. Ich war 21 Jahre alt, da waren Bausoldaten, die waren 23, 24 oder schon älter, sie hatten weitaus mehr Lebenserfahrung als ich und das habe ich akzeptiert."

Kultureller Leistungsvergleich

So haben es die Vorgesetzten auch nicht immer ganz leicht mit den Bausoldaten. Während der Grundausbildung von Heiner Möhring zum Beispiel gibt es einen kulturellen Leistungsvergleich von normal Dienenden und Bausoldaten.

"Wir haben 'We shall overcome' eingeübt und dazu Wolfgang Borcherts 'Wenn Ihr nicht nein sagt' gelesen. Das ist uns sehr übel genommen worden, aber wir hatten das Bedürfnis, uns den anderen gegenüber auch zu äußern."

Deshalb heißt es für die Vorgesetzten: vorbeugen. Werner Pieniak zum Beispiel hat darauf zu achten, dass im gemeinsamen Kompanieklub nichts anderes an der Wand hängt als das Bild von Erich Honecker und die genehmigte Wandzeitung.

Das Gerücht von den arbeitsscheuen Soldaten

Da, wo es möglich ist, versuchen Bausoldaten ihre Vorgesetzten auch immer wieder herauszufordern. Und damit das nicht auf die anderen Soldaten abfärbt, werden sie abgeschirmt. Und außerdem soll die Möglichkeit, den Dienst mit der Waffe zu verweigern, gar nicht weiter bekannt werden. Deshalb geht den Bausoldaten oft auch ein Ruf voraus, wie dieser im Hafen Mukran: "Wir wurden auf die Baustelle rausgefahren und es zeigte sich da, dass uns die Bauleute, denen wir zugeteilt wurden, mit einer sehr großen Distanz begegneten. Im Gespräch nach einer Woche stellte sich heraus, dass wir angekündigt worden waren als arbeitsscheu, als aus Jugendwerkhöfen stammend und Kriminelle, die zum Arbeiten eingeteilt worden waren."

Die Bausoldaten wehren sich

Doch die Bausoldaten wissen sich zu wehren. Ihre Waffe ist nicht das Gewehr, sondern die Eingabe.

Heiner Möhring dient von 1967 bis 1969 als Bausoldat in Prora auf der Insel Rügen. Er hat den Dienst mit der Waffe aus Glaubensgründen verweigert. Prora, den 29.1.1969. Da es an einer Schreibmaschine mangelt, wendet sich Heiner Möhring handschriftlich an den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik:

"Seit gut einem Jahr leisten wir unseren Dienst in der Nationalen Volksarmee. Wir arbeiteten während dieser Zeit nur für militärische Zwecke ... Wir erkennen heute, dass die hier zu leistende Arbeit im Widerspruch zu unserem Anliegen steht ... Wir bitten Sie daher, gemeinsam mit uns nach Möglichkeiten zu suchen, die es uns erlauben, die Forderungen unseres Gewissens besser zu erfüllen."

Die Eingabe

Die Bausoldaten schlagen dem Staatsrat vor, dass sie im Gesundheits- und Sozialwesen, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Dafür würden sie auch längere Arbeitszeiten in Kauf nehmen und auf einen Teil des monatlichen Taschengeldes verzichten.

Fünf Wochen nach der Eingabe bekommt Heiner Möhring eine Antwort. Nicht vom Staatsrat der DDR, sondern vom Ministerium für Nationale Verteidigung, unterschrieben von Generalmajor Rothe:

"Ihre Eingabe vom 29.1.1969 wurde mir zuständigkeithalber zur Erledigung übergeben ... Zunächst muss ich Sie jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie mit dieser Eingabe gegen die bestehende Beschwerde- und Eingabeordnung der NVA DV 10 Strich 6, Abschnitt V der Disziplinarvorschrift verstoßen haben, die eine Eingabe im Rahmen von Gruppen untersagt."

Die Konsequenzen

Es folgen zwei Seiten. Sie sind voll des Lobes auf den sozialistischen Staat. Und trotzdem, es gibt in den 25 Jahren wohl kaum eine Baueinheit, die keine Eingabe schreibt. Dabei geht es nicht nur um die Belange der Bausoldaten. Ulrich Ketzler ist in den Siebzigerjahren Vorgesetzter auf der Insel Rügen. Er erinnert sich, dass es unter anderem einmal um ein Wahlergebnis ging, das falsch ausgezählt worden war. Jahre später ändert das Ministerium für Nationale Verteidigung die Strategie. Vor der Wahl wird aus jeder Einheit ein leitender NVA-Offizier zum Wehrkreiskommando beordert. Werner Pieniak erinnert sich:

"Uns wurde mitgeteilt, dass wir uns nicht wundern sollten, dass in der Wahlzeit alle Bausoldaten nach Hause geschickt wurden. Sie sollten nicht dort am Dienort zur Wahl gehen, weil dadurch das Wahlergebnis für diesen Kreis sehr negativ ausgefallen wäre."

Mit dem Spaten bei der Nationalen Volksarmee

Zurück zu den Eingaben. Rolf-Ingo Ohlemann leistet von 1982 bis 1984 seinen Wehrdienst als Bausoldat in Prora. Er und sieben weitere Mitstreiter schreiben gleich an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Der offene Brief beginnt mit einem Zitat desselben aus dem „Neuen Deutschland“. Darin sagt er, dass er nicht zu denjenigen gehöre, die engagierte Pazifisten verachten.

Brief an Honecker



Jedes Wort in diesem Brief wird aufs Genaueste überlegt. Die Bausoldaten schreiben nicht: Wir erwarten oder wir fordern. Für den Brief wählen sie die Form des Fragens.

"Sehr geehrter Herr Honecker!

Sollte man nicht auf das an Bildung und Stellung in der Gesellschaft gewachsene Bewusstsein junger Menschen bauen,

indem ihre Aktivitäten bei der Erfüllung gemeinsamer Aufgaben einbezogen werden, statt sie in befehlsgesteuerte Hierarchien einzugliedern, wo Verantwortung und Gewissen an den Vorgesetzten delegiert werden?"

Besuch vom FDJ-Zentralrat

Den offenen Brief an den Staatsratsvorsitzenden schicken die Bausoldaten erst nach ihrer Entlassung ab. So bekommen sie auch nicht zuständigkeitshalber eine Antwort vom Ministerium für

Nationale Verteidigung, sondern jeder Einzelne wird in seiner Wohnung von einem Genossen des FDJ-Zentralrats besucht. In dem Bericht über Rolf-Ingo Ohlemann heißt es dann:

"R. O. legte in groben Zügen noch einmal seine Haltung zum Inhalt des offenen Briefes dar. Dabei zeichnete sich bereits ab, dass er sehr hartnäckig seine pazifistisch-christlichen Gedanken aufrechterhält. Er sagte: 'Wenn wir mit dem Rüstungsstopp ohne Vorbedingungen beginnen würden, wären dem Gegner bei allen Verhandlungen in Stockholm, Genf und Wien die Argumente



genommen. Diese partielle Unterlegenheit würde uns doch nicht wehtun, weil es egal sei, ob wir im Ernstfall 12 Mal oder 24 Mal in die Luft gesprengt werden."

Auch der äußerliche Eindruck der Wohnung und der Personen wird von dem FDJ-Funktionär registriert und aufgeschrieben. Als Rolf-Ingo Ohlemann diesen Bericht nach der Wende liest, ist er beeindruckt von der Präzision des Autors.

Ausreiseantrag

Rolf-Ingo Ohlemann und seine Familie haben damals einen Ausreiseantrag laufen. Nach der Entlassung von den Bausoldaten ist sich der 28-Jährige nicht mehr ganz sicher, er meint: "Gerade mit den Leuten, die den Brief mit unterzeichnet hatten, und mit einigen anderen Leuten auch, waren sehr intensive Kontakte entstanden, und mir war deutlich geworden, dass doch mehrere Menschen hier sind, die eine Veränderung in diesem Staat wollen und sich dafür einsetzen. Ich bin nach Hause gekommen und habe meiner Frau gesagt, dass wir nicht gehen können."

Rolf-Ingo Ohlemann und seine Frau Evelyn ziehen wenig später den Ausreiseantrag zurück. Sie bleiben in der DDR.

Die Bausoldaten unter Personenkontrolle

Dass junge Männer ihre Heimat nicht mit allen Mitteln verteidigen wollen, passt nicht in das Bild des sozialistischen Staates. So werden Wehrpflichtige, die den Dienst mit der Waffe verweigern, unter besondere Beobachtung gestellt. Ulrich Ketzler, jahrelang Vorgesetzter von Bausoldaten, weiß zu berichten: "In jeder Einheit gab es einen V0-Mann, den Staatssicherheitsmann. Als die Bausoldaten kamen, war der Staatssicherheitsmann der Erste, der die Akten hatte. Nicht nur der Zugführer der Bausoldaten, alle anderen Zugführer hatten auch Berichte abzugeben." Einige Bausoldaten bekommen zusätzlich ständige Begleiter vom Ministerium für Staatssicherheit, Inoffizielle Mitarbeiter in der Kompanie und selbst in der Baueinheit.

Diplomarbeiten an der Hochschule des MfS

Wie diese IM zu gewinnen sind, darüber werden sogar Diplomarbeiten an der Hochschule des MfS geschrieben. Zum Beispiel die eines Offiziersschülers von der Kreisdienststelle Waren. Damit beschäftigt hat sich der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Jörn Mothes: "Das Grundkonzept so einer Diplomarbeit geht in die Richtung, dass zukünftige Bausoldaten bereits im Alter von 14 bis 18 Jahren geworben werden müssen. Der Staatsoffizier beschreibt nun Möglichkeiten, wie man junge Leute, die entweder religiös gebunden sind oder auch nicht, gezielt aufbaut, damit sie schon dort das Instrumentarium erlernen, was man als Inoffizieller Mitarbeiter braucht. Und es geht natürlich auch darum, dass man erwartet, dass sie dann nicht aus religiöser Überzeugung zum Bausoldaten werden, sondern dies als einen politischen Auftrag verstehen."

Aktivist im Friedenskreis



Bespitzelt zu werden auf Schritt und Tritt - das muss zum Beispiel Reimund Wegner erleben. Der Schweriner stammt aus einem DDR-konformen Elternhaus. Er bekommt Kontakt zur Kirche, tritt aus der FDJ aus und arbeitet als Krankenpfleger in den Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal, einer evangelischen Einrichtung bei Bernau. Dort trifft er auf Menschen, die sich in der Bewegung "Schwerter zu Pflugscharen" engagieren, und gehört bald zu den Aktiven im Friedenskreis. Ein Fall für die Staatssicherheit.

"Aussatz" und "Zersetzer"

1987 wird Reimund Wegner zur Armee eingezogen, als Bausoldat auf dem Flugplatz Laage. Das MfS eröffnet eine "Operative Personenkontrolle", abgekürzt OPK, unter dem Namen "Aussatz". In der Begründung der politisch-operativen Notwendigkeit der Einleitung der OPK heißt es:

"Die Erfassung erfolgte, weil 'Aussatz' ehemaliges Mitglied einer feindlich-negativen, pazifistisch-ökologisch orientierten Gruppierung im Raum Lobetal, die durch die Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder, Kreisdienststelle Bernau im operativen Vorgang 'Pfleger' bearbeitet wurde, war, 'Aussatz' umfangreiche Verbindungen zu Personen aus dem Bezirk Schwerin unterhält, die als feindlich-negativ bekannt sind, u.a. zu Heiko Lietz."

Heiko Lietz wird damals bei der Staatssicherheit als Operative Personenkontrolle "Zersetzer" geführt.

Harte Anschuldigungen

Weiter heißt es in der Begründung, dass Reimund Wegner andere Bausoldaten aufgefordert haben soll, Werkzeug verschwinden zu lassen. Das sei völliger Unsinn, sagt Reimund Wegner, nachdem er seine Stasiakte gelesen hat.

Reimund Wegner wird rund um die Uhr beobachtet. Die auf ihn angesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter berichten fleißig. IM "Camper" spricht zum Beispiel Folgendes am 31. März 1988 auf Tonband: "Wegner ist seit kurzer Zeit bei uns als Koch eingesetzt. Ich kenne ihn seit unserer gemeinsamen Einberufung im November 1987 ... Wenn ich dann mal über die Baustelle gehe, stelle ich meistens fest, dass dieses Werkzeug; Hammer, Spaten, Hacke, irgendwo in den Schlamm geworfen wird oder in offene Gräben, wo man es spätestens nach zwei Tagen nicht mehr wiederfindet. Immer wieder tritt auch die Erscheinung auf, dass das Werkzeug zwar da ist, jedoch die Stiele zerbrochen wurden ... Vor allen Dingen wissen wir ja alle genau, dass Stiele für Hacken, Spaten oder Schaufeln sowieso schon schlecht zu kriegen sind."

Vorsichtiger, aber nicht mundtot



Wer "Camper" ist, weiß Reimund Wegner nicht. Er will es auch nicht wissen. Ihm genügen die Namen, die er kennt. Er lässt sich nicht mundtot machen. Er wird nur etwas diplomatischer. So schätzt IM "Gustav" im Herbst 1988 ein: "Aufgefallen ist mir bei ihm, dass er sich bei politischen Diskussionen über bestimmte Themen zumindest in unserem Kreis absolut heraushält. Wenn er dann doch mal konkret angesprochen wird, seine Meinung zu sagen, erklärt er meistens, wir sollen ihn doch mit diesem Mist in Ruhe lassen, das interessiere ihn nicht ... Ich habe den Eindruck, dass Wegner das letzte halbe Jahr ohne große Probleme über die Runden bringen will, um pünktlich entlassen zu werden."

Doch ein Vierteljahr vorher, im Januar 1989, wird Reimund Wegner plötzlich nach Potsdam versetzt. In der Konzeption zur operativen Gesprächsführung im Rahmen der Operativen Personenkontrolle "Aussatz" vom 9. Februar 1989 heißt es:

"Ist zu erkennen, dass 'Aussatz' bereitwillig Auskunft gibt und Bestrebungen zur Wiedergutmachung bei ihm erkennbar sind, sollen ihm die Straftatbestände der Paragraphen 214 und 220 Strafgesetzbuch verlesen werden und anhand seiner Handlungen deren Verletzung nachgewiesen werden." Bei den Paragraphen 214 und 220 handelt es sich um den Straftatbestand "Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit" und "öffentliche Herabwürdigung". Die Konzeption der Hauptabteilung 1 der Staatssicherheit sieht weiter vor, dass "Aussatz" selbst den Gedanken der Wiedergutmachung ansprechen soll.

"Ist dieses erfolgt, so wird ihm die Möglichkeit einer solchen Wiedergutmachung aufgezeigt, indem er sich bereit erklärt, weitere Gespräche, jedoch unter konspirativen Bedingungen zu führen. Dazu wird der konkrete Gesprächstermin und -ort festgelegt und 'Aussatz' anschließend zu einzelnen Bausoldaten abgeschöpft."

Reimund Wegner lehnt eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit ab. Für diesen Fall sieht die Gesprächskonzeption Folgendes vor:

"Zur Gewährleistung einer Handlungsschwernis von 'Aussatz' nach dem Wehrdienst erfolgt eine koordinierende Absprache mit der Bezirksverwaltung Schwerin, mit dem Ziel der Abstimmung zielgerichteter Diskreditierungsmaßnahmen."

Diskreditierungsmaßnahmen

Das Vorhaben, Reimund Wegner in Verruf zu bringen, kommt nicht mehr zustande. Wenige Monate nach seiner Entlassung aus der Armee im April 1989 ruft das Volk auf der Straße: "Stasi raus!" Aber Reimund Wegner weiß, was es hätte bedeuten können - Diskreditierungsmaßnahmen der Staatssicherheit. Er hat es erlebt, 1984, als er sich dem Friedenskreis um Heiko Lietz anschließt: Mit einem Gerücht versucht das MfS, die Gruppe zu sprengen.

Das Gerücht

"Am Abend nahm mich Heiko Lietz beiseite und sagte mir, er hätte gehört, dass ich für die Staatssicherheit arbeite. Ich war wie vor den Kopf gestoßen, kam damit überhaupt nicht klar. Danach fing ich an, vorsichtig zu werden und zu überlegen, wer Freund und wer Feind ist", erzählt Reimund Wegner.

In einer politisch engagierten Gruppe arbeitet Reimund Wegner erst wieder nach seiner Armeezeit: im Herbst 1989 im „Neuen Forum“ in Schwerin.

Der Fall von Rainer Eppelmann

Für Frieden und Gerechtigkeit kämpft auch Rainer Eppelmann, in der Übergangsregierung nach 1989 Verteidigungsminister der DDR. Wegen seiner Überzeugung sitzt er als Bausoldat acht Monate in Haft.

Rainer Eppelmann erinnert sich: "Für mich hat es damals zwei Gründe gegeben: Der eine war, dass es in den Zehn Geboten verboten wird, zu töten. Der zweite Grund war der 13. August 1961. Bis zu dem Tag bin ich mit meiner Schwester in West-Berlin auf ein Gymnasium gegangen. Man hat es uns nicht in Ost-Berlin, wo wir lebten und wohnten, ermöglicht, das Abitur machen zu können. Das war mit dem 13. August zu Ende. Durch die Bausoldaten gab es für mich die Möglichkeit, nicht ganz zu

verweigern. Dass ich trotzdem ins Gefängnis gehen musste, war mir zu dem Zeitpunkt zum Glück nicht klar."

Das Gelöbnis der Bausoldaten



1966 wird Rainer Eppelmann zum Bausoldatendienst nach Stralsund einberufen. Die jungen Männer mit dem Spaten auf den Schulterstücken brauchen nicht den Fahneid zu leisten. Für sie gibt es ein Gelöbnis, das sich aber kaum von dem Eid der anderen Soldaten unterscheidet.

"Die Passage 'mit der Waffe in der Hand' war raus, aber der Rest war da: die Republik zu schützen, die Regierenden der DDR zu schützen, das Gebot des unbedingten Gehorsams", erzählt Rainer Eppelmann.

Verweigerung und die Konsequenzen

Die Bausoldaten in Stralsund überlegen tagelang, ob sie das Gelöbnis verweigern sollen. Zwei entscheiden sich dann, es nicht abzulegen. In dem Bewusstsein, dass das Konsequenzen für sie haben wird, wie sie Rainer Eppelmann nennt:

"Wir sind zuerst in Untersuchungshaft in Greifswald gewesen und dann nach Neustrelitz verlegt worden. Nach der Verurteilung - mein Kamerad zu zehn Monaten, ich zu acht Monaten - sind wir dann in die damalige Haftanstalt für Militärgefängnisse nach Ueckermünde verlegt worden."

Als Rainer Eppelmann nach acht Monaten Haft entlassen wird, ist das Ganze für ihn noch nicht beendet. 18 Monate hätte er bei der Armee dienen müssen. Abzüglich der 14 Tage, die er schon in Stralsund verbracht hat, und der Zeit im Gefängnis muss er die restlichen zehn Monate als Bausoldat bei der Nationalen Volksarmee ableisten.

"Glaubensfragen"

Wenige Jahre später produziert die Rockgruppe Renft in einem privaten Studio ein Lied über die Bausoldaten und bricht damit ein Tabu. Denn, dass es die Möglichkeit gibt, den Dienst mit der Waffe zu verweigern, soll nicht in die Öffentlichkeit dringen.



Die Texte und Komponisten Gerulf Pannach und Christian Kunert werden wegen Wehrkraftzersetzung und staatsfeindlicher Hetze verhaftet. Das Bausoldatenlied "Glaubensfragen" und die Rockgruppe Renft werden verboten.

Zum letzten Mal müssen Bausoldaten im Herbst 1989 einrücken.

Am 1. März 1990 tritt die Verordnung über den Zivildienst in der DDR in Kraft.

Rainer Eppelmann über den Zivildienst

Bis heute gilt der Zivildienst in der Bundesrepublik als Ersatz für den Wehrdienst. Das ist für den heutigen Vorsitzenden der "Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" Rainer Eppelmann noch nicht die Lösung.

"Das, was jetzt den Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland ausmacht, ist sehr viel besser. Für mich aber ist es nicht das Endstadium dessen, was ich mir wünschen würde, solange es Wehrpflicht gibt. Mir wäre sehr viel angenehmer, wenn es möglich wäre, aus bis zu zwanzig unterschiedlichen Angeboten, bei denen der Wehrdienst als eine Möglichkeit gesehen werden würde, aussuchen zu können. So könnten möglichst viele Ja sagen zu dem, was sie da, neun oder zehn oder zwölf Monate lang, tun."

Autorin: Eva Storrer